



BESCHLUSSVORLAGE

ARuSO

Tagesordnungspunkt: 6

**Hartz IV;
SGB II-Optionskommune**

Anlage(n):
Synopsis

Sitzung des Kreistages am 28.06.2010

öffentliche Sitzung

Vorlagebericht: siehe Rückseite

Anmerkungen zu den finanziellen Auswirkungen:

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Landkreis Erding erklärt, ab 01.01.2012 SGB II - Optionskommune werden zu wollen.
- 2) Der Landrat wird ersucht,
 1. fristgerecht einen Antrag auf Zulassung als kommunaler Träger zu stellen und das hierfür erforderliche Konzept zu erarbeiten.
 2. die organisatorischen Vorbereitungen zur möglichen Übernahme der weiteren Aufgaben nach dem SGB II sind zu treffen.

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Caroline Kohout

Zi.Nr.: 207

Tel. 08122/58-
08122/58-1114
caroline.kohout@lra-
ed.de

Erding, 07.06.2010
Az.:

Vorlagebericht:



LANDKREIS
ERDING

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) umfasst Leistungen zur Vermeidung, Beseitigung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit und zur Sicherung des Lebensunterhalts. Träger dieser Leistungen sind die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Kommunen. Die BA mit ihren Agenturen ist verantwortlich für die Leistungen zum Lebensunterhalt (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Arbeitsvermittlung sowie Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen). Die Kommunen erbringen die Leistungen für die Unterkunft und Heizung sowie die flankierenden Eingliederungsleistungen (wie die Betreuung der Kinder, die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung, die Suchtberatung und die psychosoziale Betreuung).

Die Leistungen der Grundsicherung werden im Bundesgebiet von 345 Arbeitsgemeinschaften (ARGE), jeweils bestehend aus BA und Kommunen, von 69 für die alleinige Aufgabenwahrnehmung zugelassenen kommunalen Trägern (zKT) und in 23 Fällen in getrennter Aufgabenwahrnehmung von BA und Kommunen erbracht.

Das Bundesministerium hat die Wahrnehmung der Grundsicherungsaufgaben durch zugelassene kommunale Träger (zKT) im Vergleich zur Aufgabenwahrnehmung durch Arbeitsgemeinschaften (ARGE) untersucht. Nach seinem Bericht (BT-Drs. 16/11488) lassen sich allgemein keine eindeutigen Empfehlungen für eines der beiden Organisationsmodelle treffen.

Die Kosten der Leistungen sowie die Verwaltungskosten tragen Bund und Kommunen grundsätzlich für diejenigen Leistungen, bei denen sie Leistungsträger sind. Als Ausnahme von diesem Prinzip beteiligt sich der Bund zweckgebunden mit einem Bundeszuschuss (derzeit 23 %) an den Leistungen der Kommunen für Unterkunft und Heizung.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2007 die Arbeitsgemeinschaften (ARGE) zur Umsetzung des SGB II für verfassungswidrig (unzulässige Mischverwaltung) erklärt und ihre Existenz bis zum Ende 2010 befristet.

Soweit bis dahin keine Neuregelung durch den Gesetzgeber getroffen wird, ist das SGB II in getrennter Aufgabenwahrnehmung zu vollziehen.

Der Erdinger Kreisausschuss hat am 08.03.2010 hierzu einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Landkreis Erding erklärt sich grundsätzlich bereit, SGB II - Optionskommune werden bzw. in einem neuen Modell die Aufgaben nach dem SGB II übernehmen zu wollen.
2. Der Landkreis behält sich vor, bei Vorliegen der rechtlichen Bedingungen seine Entscheidung zu überprüfen.
3. Der Landrat wird ermächtigt, die organisatorische Vorbereitung zur Übernahme der weiteren Aufgaben nach dem SGB II unverzüglich zu beginnen und für alle praktischen Fragen Lösungen vorzubereiten.

Der Erdinger Kreistag hat in seiner Sitzung am selben Tag mit zwei Gegenstimmen gleichlautenden Beschluss gefasst.

Die Regierungsfractionen, die SPD-Fraktion und die Länder haben sich schließlich am 24.03 2010 über die Neuorganisation des SGB II zumindest grundsätzlich verständigt. Die Bundesregierung will dies mit den folgenden Regelungen umsetzen:



LANDKREIS
ERDING

- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91 e) – Regierungsentwurf v. 29.03.2010 (Verfassungsänderung) (BR-Drs. 186/10)
- Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende – Regierungsentwurf v. 23.04.2010 (einfachgesetzlicher Entwurf) (BR-Drs. 226/10)
- Verordnung über das Verfahren zur Feststellung der Eignung als zugelassener kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende - Referentenentwurf des BMAS vom 01.04.2010; Bearbeitungsstand 15.04.2010)

Die getrennte Aufgabenwahrnehmung ist nach dem vorliegenden Modell der Bundesregierung künftig nicht mehr vorgesehen.

Das Modell der Bundesregierung sieht für die Ausführung von Bundesgesetzen auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitssuchende die Mischverwaltung verfassungsrechtlich vor. Auf dieser Grundlage soll die Aufgabenwahrnehmung der bestehenden Arbeitsgemeinschaften in gemeinsamen Einrichtungen (Jobcentern) der Agenturen für Arbeit und der Kommunen fortgesetzt werden. Die sog. Jobcenter sollen den gesetzlichen Regelfall der Aufgabenwahrnehmung darstellen.

Das Modell der gemeinsamen Einrichtungen sieht als Organe der Jobcenter die Trägerversammlung und den Geschäftsführer vor und schreibt damit im Grundsatz die Strukturen fort, die in den derzeitigen Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) bestehen. Mit den wesentlichen Organisationsstrukturen der derzeitigen ARGEn übernimmt das Modell der gemeinsamen Einrichtung auch die damit einhergehenden und bekannten grundsätzlichen Schwachstellen.

Die derzeit für eine alleinige Aufgabenwahrnehmung zugelassenen 69 kommunalen Träger (zkT), die sog. Optionskommunen, sollen nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Möglichkeit erhalten, ihre Aufgaben unbefristet wahrzunehmen. Darüber hinaus sollen weitere kommunale Träger zugelassen werden können. Als gesetzlicher Ausnahmefall soll dabei die Zahl der zugelassenen kommunalen Träger bezogen auf die Gesamtzahl der Aufgabenträger im Bundesgebiet höchstens ein Viertel betragen (im Ergebnis höchstens 110). Damit wären bis zu 41 (bzw. 43) Neuzulassungen bundesweit möglich.

Der einfachgesetzliche Entwurf regelt in § 6a SGB II das Zulassungsverfahren für die weiteren kommunalen Träger und ermächtigt das BMAS zur weitergehenden Regelung durch Rechtsverordnung. Der Verordnungsentwurf sieht auf dieser Grundlage Eignungskriterien sowie das Verfahren zur Feststellung der Eignung und zur Auswahl und Zulassung weiterer kommunaler Träger vor. Danach legen die zuständigen obersten Landesbehörden unter Berücksichtigung der vorgegebenen Höchstgrenzen einvernehmlich fest, wie viele kommunale Träger in einem Land zugelassen werden können..

Wie viele zusätzliche Optionsmöglichkeiten auf Bayern letztendlich entfallen werden, steht derzeit noch nicht fest. Es ist mit fünf bis sechs Zulassungen zu rechnen. Die Zulassungen sollen durch die einzelnen Bundesländer im Rahmen von einem An-



LANDKREIS
ERDING

tragsverfahren erfolgen. Hierfür ist seitens der Kommune in einem Konzept die Eignung darzulegen. Voraussetzung für eine Antragstellung soll nach derzeitigem Stand des Gesetzesentwurfs ein 2/3-Mehrheitsbeschluss der kommunalen Gremien sein.

Die obersten Landesbehörden befinden jeweils für ihren Bereich über die Eignung der Antrag stellenden Kommune und legen die Reihenfolge fest, in der die Antrag stellenden kommunalen Träger zugelassen werden. Das Bundesministerium erteilt die Zulassung durch Rechtsverordnung

Nach vorliegendem Gesetzesentwurf kann die erteilte Zulassung nach fünf Jahren durch die Kommune zurückgeben werden. In diesem Fall kann auch das von der BA übernommene Personal dem bisherigen Träger wieder abgegeben werden.

Das Optionsmodell ermöglicht dem Landkreis die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Versorgung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und ihrer Angehörigen - im Landkreis Erding sind das insgesamt rund 3000 Personen - als Teil der Aufgabe Daseinsvorsorge selbst in die Hand zu nehmen.

Die Übernahme aller Aufgaben nach dem SGB II böte dem Landkreis Erding insbesondere die Chance

- die Dienstleistungsqualität und die Integration in Arbeit - losgelöst von BA-Vorgaben - zu verbessern
- eine tragfähige und effektive Verwaltungsstruktur für den SGB II-Vollzug für die Landkreisbürger bereitzustellen
- eine einheitliche Ressourcen- und Personalverantwortung sowie eigenständige Personalentwicklung zu gewährleisten und

die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Kreisausschuss einzuführen.